

# Haushaltsrede zur Beratung und Verabschiedung des Haushalts 2022

Rede des Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Johannes Grabmeier

Montag, 06.12.2021

Vehrte Damen und Herren im Stadtrat von Deggendorf und in der Verwaltung,

## 1 Vorrede

Ich bin noch erregt von dem Vorgang im TOP 2.<sup>1</sup> Es ist eigentlich unfassbar, dass die Mehrheit dieses Hauses definitiv nicht zutreffende Formulierungen wider besseres Wissen beschließt. Herr Oberbürgermeister, das war ein Angriff auf den adventlich-weihnachtlichen Frieden. Wenn Sie hier ein Gefecht völlig unnötig provozieren, können Sie das gerne haben. Der Vorgang ist mit dem heutigen Beschluss nicht abgeschlossen! Ihr Gerede vom Wortprotokoll war nicht passend, um das ging es nicht, es geht vor allem um eine korrekte Wiedergabe, was ich gesagt habe und was nicht. Es zeugt von Schwäche und von mangelnder Souveränität, wenn man auf dieser Ebene agiert, um mit einer Machtmehrheit solche berechtigten Anliegen abzuschmettern! Die gute Zusammenarbeit für die Sie sich bei uns vorhin bedankt haben, ist keine Einbahnstraße, Sie und alle diejenigen die meinen Antrag abgelehnt haben, haben heute ein Zeichen schlechter Zusammenarbeit gesetzt.

## 2 Allgemein zum Haushaltsplanentwurf

Trotz der Probleme mit der Corona-Pandemie kann auch das Jahr 2021 wieder positiv abgeschlossen werden und auch für 2022 ergibt sich trotz der Krise eine durchaus noch passable Gesamtsituation und insgesamt sogar fast 4 M€ mehr im Haushalt als 2021. Wir können dem Vermögenshaushalt 4,2 M€ zuführen und 19,7 M€ investieren – auch wenn 2022 der letzte Haushalt sein wird bei dem wir nach 9 Jahren ohne neue Schuldaufnahme auskommen werden.

### 2.1 Investitionen

Die Investitionen über 100 T€ wurden speziell aufgelistet und sind fast alle schon beraten und beschlossen worden, so dass sie nicht mehr extra erwähnt werden müssen. Die übrigen wie z.B. Umnutzung Murauehaus, Umstellung der digitalen Alarmierungsgeräte der Feuerwehr, Stadtparkumgestaltung, Ampelsanierung, Pumpwerk Lohstraße, ein neuer Friedhofsbagger und Photovoltaikanlagen auf der Stadthalle 2 werden uns im Laufe des nächsten Jahres im Detail beschäftigen. Erfreulich dass wir für Grunderwerb insgesamt etwas über 4,2 M€ vorsehen können. Der Grunderwerb in einem Jahr ist außer für die

<sup>1</sup>Da ging es um einen Antrag von mir auf Änderung von 3 Passagen im Entwurf der Niederschrift der letzten Sitzung vom 29.11.2021. Bei zwei Punkten waren meine Aussagen unzutreffend wiedergegeben, bei einem Punkt wurde eine wesentliche vom OB getroffene Aussage nicht protokolliert. Dennoch wurde mit der Mehrheit von CSU, AfD, SPD, Junge Liste und FDP dieser Antrag abgelehnt und damit eine in Teilen nicht zutreffende Niederschrift beschlossen.

Mitglieder des Grundstücksausschusses für den Rest des Stadtrats nicht so übersichtlich. Hier rege ich an, dass uns die Verwaltung jeweils im Januar eine Aufstellung über die im Jahr zuvor erfolgten Immobilienkäufe und -verkäufe zur Verfügung stellt.

Was die Investitionsbeträge unter 50.000 Euro betrifft, da kann der OB ja gemäß Geschäftsordnung nach unserem Satzungsbeschluss zum Haushalt eigenständig handeln. Trotzdem empfiehlt es sich im einen oder anderen Fall so eine Investition im zuständigen Ausschuss vorzubereiten. Ein Beispiel, das wir alle, obgleich damals im Haushaltsentwurf erläutert, überhaupt nicht mitbekommen haben, war die Idee der Stadtbibliothek rund um die Uhr zu öffnen. Das Projekt kam dann aber nicht zustande. Das hätte man gut und gerne im Kulturausschuss beraten können. Herr Sterr hat auch erfreulicherweise die kleineren Beträge in seiner Präsentation mit aufgenommen, das war wohl damals noch nicht der Fall.

## **2.2 Steuereinnahmen**

Wir verzeichnen weiter jeweils eine steigende Trendlinie bei der Gewerbesteuer und bei der Einkommensteuer. Auch der Anteil der Grunderwerbssteuer wird weiter steigen. Das ist zwar gut für den Haushalt, aber schlecht für die Bürgerinnen und Bürger, die in Deggendorf immer höhere Preise für Immobilien bezahlen müssen, auch wenn das Zinsniveau niedrig bleibt. Mit dem Mietspiegel haben wir in diesem Jahr ein Instrument gestartet, um da etwas entgegensteuern zu können. Auch der Beschluss zur Sozialbindung des Eigentums ging hier in die richtige Richtung.

Mit diesen steigenden Steuereinnahmen haben wir wieder großes Glück, aber das ist sicher auch Ausfluss unserer gemeinsamen Stadtpolitik, dass der Haushalt auch 2022 sich trotz der Krise in einem noch sehr günstigen Rahmen bewegt. Natürlich dürfen wir als Steuerzahler die milliardenschweren Coronaschulden in Bund und Land nicht aus dem Auge verlieren, auch wenn sich das noch nicht direkt auf die Stadt Deggendorf ausgewirkt hat. Finanziell sind wir also so weit gut bislang durch die Krise gekommen, sie dauert allerdings noch an und wir wissen nicht, was noch passieren wird und ob das so bleiben kann.

## **2.3 Dank an Kämmerer**

An dieser Stelle auch mein Dank an den Kämmerer Herrn Sterr und an Frau Reisinger und ihr ganzes Team, die wochenlang Tag und Nacht gearbeitet haben, um das Werk auf den Weg zu bringen. Erfreut hat uns auch wieder die Kompetenz mit der Herr Sterr alle Fragen zu beantworten weiß. Für nächstes Jahr hat er uns schon zugesagt rechtzeitig einen zeitlichen Ablaufplan zur Verfügung zu stellen, damit wir uns hinsichtlich zusätzlicher Anträge fristgemäß an die Verwaltung wenden können.

## **2.4 AKDB**

Die Kritik an der verbesserungsfähigen Software der AKDB darf aber auch heuer nicht fehlen. Ich spreche das seit Jahren an, dass man hier Druck ausüben muss, damit es da Weiterentwicklung insbesondere für die Bedürfnisse der Arbeit der Stadträte gibt. Vielleicht kann man ja künftig mit einer zusätzlichen Exceltabelle, die alle Unterabschnittsnummern, alle Gruppennummern, die jeweils zugehörigen Beträge und die Erläuterungen dazu uns zur Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Das wäre sehr gut.

## **2.5 Schulden**

Die im Haushalt eingeplante Mindestschuldentilgung liegt nur bei ca. 66.000 Euro. Aber mit den großen Investitionen in die Schulen wird uns schon heute angekündigt, dass wir im nächsten Jahr ca. 3 M€ neue Schulden aufnehmen müssen. Dazu kommen noch die Schulden unserer GmbHs, so dass pro Kopf bei der genannten Einwohnerzahl von 33.893 ehrlicherweise wesentlich mehr Schulden als die aufgeführten 912,57€ nur von der Stadt allein fallen.

Bei den jetzt niedrig Zinsen ist das natürlich eine Option, aber irgendwann muss man halt dann doch zurückzahlen. Und da wird es Reduktionen der Investitionen geben müssen. Das ist bei den jetzt anstehenden Schulen in Ordnung, das ist auch notwendig bei der im nächsten Jahr startenden Hochwassersanierung des Hammermühlbachs von der Rusel runter bis in die Mitte der Stadt.

## 2.6 Gewinnausschüttungen der Sparkasse

Ein „ceterum censeo“<sup>2</sup> – Sie werden es schon erwartet haben – gibt es natürlich auch heuer wieder zur Ausschüttungspolitik der Sparkasse: Wie jedes Jahr fordere ich unsere Vertreter im Sparkassen-Verwaltungsrat auf, ihrer Verantwortung gegenüber Deggendorf gerecht zu werden und Gewinnausschüttungen zu beschließen nachdem die Eigenkapitalquote dort seit Jahr bereits weit höher als notwendig ist, so dass das auch ohne Abstriche hinsichtlich Ihrer Verantwortung gegenüber der Sparkasse möglich wäre. Dass die Direktoren Ihnen das anders darstellen, ist auch klar, sollte Sie aber nicht daran hindern und sich unabhängig von der Direktoren informieren! Unsere Vertreter dort sind der Oberbürgermeister Dr. Moser, Stadträtin Margret Tuchen und Stadtrat Ali Schraufstetter. Neuschulden bräuchten wir in den nächsten Jahr nicht, wenn Sie in der Vergangenheit meine Aufforderungen ernsthaft in Betracht gezogen und umgesetzt hätten!

Wenn man allerdings als gegeben annimmt, nur dann ist die Verschuldung, die in den nächsten Jahren auf Grund der genannten Themen und der nicht getätigten Gewinnausschüttungen notwendig ist, nachvollziehbar und verantwortbar. Es wird aber vermutlich problematisch, wenn wir uns weiter leichtfertig in aus meiner Sicht unnötige und zudem klimaschädliche neue Investitionsprojekte wie die Idee eine parallelen Autobrücke über die Donau stürzen.

## 2.7 Parallelbrückenidee

Wie ist diese Parallelbrückenidee entstanden? Da spricht der Oberbürgermeister mit der Ministerin und die zieht eine Idee aus dem Hut, die es seit 1998 gibt, wenn es um Straßenprojekte geht, die keine, ich betone keine Priorität beim Freistaat haben, sich man aber vor Ort einbildet, da gäbe es eine große Notwendigkeit.

Das wäre eigentlich die Prämisse gewesen! Vor Ort wird eine hohe Priorität gesehen. Darüber wurde aber im Vorfeld nicht diskutiert, geschweige denn ein Auftrag an den OB erteilt in diesem Sinne beim Verkehrsministerium vorstellig zu werden. Jetzt schleichen wir uns also – nachdem wir bislang ja nur einem Aufgabenübertragungsvertrag zugestimmt haben – hier in ein risikantes, zudem unnötiges, teures und klimaschädliches Projekt hinein. Es wurde ein Vertrag mit dem Staatlichen Bauamt in Passau von der Mehrheit im Stadtrat beschlossen. Zu dessen Unterzeichnung ging der Oberbürgermeister nicht etwa zur Servicestelle des staatlichen Bauamts in Deggendorf, er ging auch nicht zum Hauptsitz in Passau. Nein, er begab sich medienwirksam zur Ministerin nach München. Sicher gab es doch noch andere Gründe, die ich natürlich nicht kenne.

Die Brücke kann zum finanziellen Abenteuer werden. Auf die schon mehrfach vortragenen Aspekte der Klimaschutzproblematik verzichte ich heute. Für solche kommunale Projekte, die vom Freistaat nicht als dringlich angesehen werden, gibt es nun seit 1998 einen eigenen Fördertopf im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, in dem pro Jahr 36 Mill. Euro sind. Darauf bewerben sich – so wie wir jetzt – im Jahr 10-12 Kommunen, die dazu allesamt in die komplette Vorleistung gehen müssen. Was auch nicht, oder vielleicht auch nicht so deutlich dem Stadtrat mitgeteilt wurde, ist das Faktum, dass Förderzusagen erst dann erteilt werden, wenn Baureife vorliegt. Das ist aber ein langer Weg bis dahin! Bis dahin werden wir also keinen Cent Zuschuss bekommen!

Und noch ein Problem: wenn jährlich 10 – 12 Kommunen neu im Jahr hinzukommen im Wettbewerb um diesen Topf von 36 Mill. Euro im Jahr, kann man sich doch ausrechnen, dass bei Kosten von 60-80 Mill. Euro die Fördersummen nicht nach Baufortschritt, sondern irgendwann erst später erfolgen werden.

An dieser Stelle will ich noch sehr deutlich machen, dass uns im Stadtrat die angebliche Unmöglichkeit einer alternativen Autobahnausfahrt nicht im Detail erläutert und nachgewiesen wurde. Und solange das nicht geschehen wird, werde ich auch auf solche Alternativen verweisen. Resumee: wir haben uns als Stadt in diesem Jahr mit dieser Parallelbrückenidee auf einen

---

<sup>2</sup>Im übrigen bin ich dafür ...

sehr sehr problematischen Weg gemacht. Noch wirkt sich das auf den Haushalt nicht wesentlich aus, da kann ja immer noch von uns gebremst werden, da ja noch viele Entscheidungen dazu anstehen werden.

## 2.8 Zustimmung zum Haushalt

Insofern werden wir auch heuer diesem Haushalt zustimmen, da wir fast alle vorgesehenen Investitionen und abgebildeten Aktivitäten mitgetragen haben und mittragen werden und der Haushaltsentwurf trotz der Pandemieproblematik immer noch erstaunlich gut ausgefallen ist.

## 3 Grundsätzliche Überlegungen

Letztes Jahr sollten wir ja alle gar nicht erst unsere Haushaltsreden wegen der Pandemie halten. Ich habe diese Empfehlung aus grundsätzlichen Gründen für nicht in Ordnung gehalten und die Empfehlung gibt es daher auch heuer nicht mehr. Trotzdem habe mich daher heuer auch wieder kürzer gehalten, was den Haushalt direkt betrifft.

Die grundsätzlichen Überlegungen, die darüber hinaus in der Haushaltsrede anzubringen sind, die gibt es selbstverständlich weiter in voller Ausführlichkeit. Ich habe hier aber keine Illusionen, dann auf Grund der aktuellen Beratungserlebnisse in den Stadtratssitzungen in diesem Jahr und mit den großen Distanzen hier in der Stadthalle und der enttäuschend geringen Aktivitäten der meisten Stadträte in den Plenumssitzungen gehe ich davon aus, dass das meiste – es mag noch so berechtigt sein – doch wieder nur ohne jegliche Konsequenz bleibt – oder man es ohnehin nicht mitbekommt, da man vielleicht gleich innerlich auf Durchzug schaltet, wenn ich zu reden anfangen. Das schützt beispielsweise diejenigen Stadträte, die bei der einen oder anderen Entscheidung gegen ihre Einstellung der Parteidisziplin gehorchen müssen, diese akzeptieren und dann lieber erst andere Argumente gar nicht mehr wahrnehmen wollen.

Über den Oberbürgermeisterwahlkampf 2020 haben Studierende unter der Anleitung des international ausgezeichneten Filmmachers und Kollegen Prof. Jens Schanze einen hochintelligenten Dokumentarfilm gemacht, der durch geschickte Schnitte genau die Äußerungen der Kandidaten zu einem virtuellen Dialog zu diesem Thema zusammenstellt. Da meint der damalige OB-Kandidat Dr. Moser beispielsweise, dass in einer Abstimmung Unterlegene das nicht akzeptieren wollen, dass ihre Argumente für die Mehrheit nicht stichhaltig sind, während ich damals im Interview genau das erläutere, dass es eben keine freien Abstimmungen gibt, sondern – außer bei uns, was mir dann auch wieder vorgehalten wird - dass Fraktionsdisziplin vorherrscht und man gar nicht mehr bereit ist auf andere Argumente zu hören. Ich hoffe, dass irgendwann nach der Pandemie dieser Dokumentarfilm öffentlich vorgeführt wird. Auf jeden Fall gehört er als Dokument der Stadtgeschichte in unser Archiv.

Insofern erspare ich jetzt der Mehrheit des Hauses die weiteren grundsätzlichen Ausführungen. Diese Punkte sind aber dennoch alle ausformuliert und Bestandteil meiner Haushaltsrede, ich werde sie aber nicht vortragen, sondern jeder und jede, die Interesse daran haben, können das dann nachlesen. Dennoch ein paar Stichworte, was Sie da erwarten wird:

- Keine Fundamentalopposition, auch wenn man manchmal dazu Lust hätte,
- was ist vernünftiges Wachstum?
- ein Zitat von Gerhard Polt zum Bekenntnis zur Mehrheit,
- Beispiele ohne ergebnisoffene Diskussion,
- Diskussionskultur, Rede und Gegenrede,
- Problem der Haushaltsvorberatungen fast nur noch in den Fraktionen,
- Vorberatung in Ausschüssen und damit Reduzierung der Plenumsdiskussionen,
- Fehlinformationen im Plenum.

Ich gebe also die zugehörigen Ausführungen als Teil der ausformulierten Haushaltsrede zu Protokoll und bedanke mich bei denen, die mir zuhörten, jetzt für die Aufmerksamkeit.

### **3.1 Einstimmigkeit der Entscheidungen**

In seinem Einbringungsschreiben hat der OB sich bei uns bedankt, dass die großen Entscheidungen nahezu einstimmig erfolgt sind. Wenn die Richtung stimmt, das Projekt in Ordnung ist und die finanziellen Mittel bereitstehen, dann stimmen wir gerne auch weiter zu! Denn wir betreiben keine Fundamentalopposition, obgleich man schon manchmal dazu Lust hätte. Denn die Wege zu den Projekten werden nämlich immer wieder so beschritten, dass eben nicht der ganze Stadtrat eingebunden wird, die eigentlich notwendigen, ergebnisoffenen Diskussionen und Abwägungen eben nicht stattfinden.

### **3.2 Was ist vernünftiges Wachstum?**

Weiter lese ich dort den Begriff „vernünftiges Wachstum“. Das wäre schön, wenn man das einmal erläutert bekäme, was man damit meint, welches Wachstum – auch gerade in der Klimaproblematik – noch vernünftig ist und welches Wachstum nicht mehr vernünftig? Solange das nicht geschieht, muss man das als übliches Politikersprech einordnen. Vernünftiges Wachstum ist nämlich nicht automatisch das, was die CSU und ihre Mehrheit hier beschließt!

### **3.3 Beispiel: Grundschule St. Martin**

Ein weiteres konkretes Beispiel: Auch wenn wir doch jetzt alle mit der Sanierung der Grundschule St. Martin sehr zufrieden sein können, dürfen wir doch nicht den etwas holprigen Start vergessen: Auf dem Weg dorthin wurde seinerzeit eben nicht die verschiedenen Alternativen, die es gab, gemeinsam diskutiert und entschieden. Das geschah irgendwo intern in der Verwaltung oder bei der CSU und dann hat man uns die jetzt umgesetzte Lösung präsentiert – und natürlich haben wir zugestimmt, aber eben nicht unter Abwägung der damals möglichen Alternativen, die vorher aussortiert worden waren!

Das Problem sind nicht die großen sinnvollen Beschlüsse, die gut vorbereitet sind wie z.B. der Hochwasserschutz am Hammermühlbach, sondern die großen Projekte in die wir ohne Grundsatzdiskussion etwa wie beim Parallelbrückenprojekt ohne dass wir die angebliche Dringlichkeit besprechen und feststellen, hineinschlittern. Aber auch bei den vielen kleinen Projekte, die nicht ernsthaft im Stadtrat diskutiert werden, könnte es manchmal besser sein.

### **3.4 Selbstverständnis und zur Mehrheit gehören**

Ich wundere mich sehr wohl, immer wenn ich in die Stadtratssitzung gehe, über einen Großteil der Stadtratskolleginnen und -kollegen und ihrem Selbstverständnis, warum sie hier jeweils 2-3 Stunden absitzen und die meisten nichts, aber auch wirklich nichts zu den behandelten Punkten in der Sitzung beitragen und offensichtlich glauben, es reicht, wenn die Fraktionsvorsitzenden sprechen.

Oft ist auch Folgendes zu beobachten, was Gerhalt Polt sehr treffend so formuliert hat

„Kein Mensch hier bei uns wird gezwungen, eine Minderheit zu sein. Ein jedweder hat das Recht, sich zur Mehrheit zu bekennen.“

### **3.5 Demokratie lebt von Rede und Gegenrede**

Im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle den früheren bayerischen CSU-Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein zitiert, der in seinem leidenschaftlich Engagement für neue Formen der direkten Bürgerbeteiligung in der Politik betonte:

„Demokratie lebt von Rede und Gegenrede.“

Diese Gegenrede ist bei uns noch stärker im vergangenen Jahr Mangelware geworden und statt dem Eingehen auf Sachargumente wird man eher abgebürstet. Man wird stattdessen mit Halbwahrheiten konfrontiert bzw. immer noch mehr wird in Vorberatungen in Ausschüsse und in die Fraktionen verlagert. Dazu gebe ich selbstverständlich Beispiele.

### 3.6 Beispiel 1: Haushaltsrede

Das ist ja zunächst eine gute und geschätzte Idee, dass der Kämmerer Herr Sterr sich wirklich viel Mühe macht und Zeit investiert, um den Fraktionen vorab Rede und Antwort zu stehen – und sogar anbietet, vorab weitere Fragen an ihn zu stellen. Das ist wirklich wunderbar. Aber in letzter Konsequenz führt das dann auch dazu, – gerade heuer war das zu beobachten – dass in der vorbereitenden Verwaltungsausschusssitzung mit ganzen wenigen Ausnahmen nur noch ich im Gremium, wo es hingehört, detaillierte Fragen gestellt habe. Die Fragen der Grünen waren schon per E-Mail beantwortet. Die Fragen der CSU – die es offensichtlich auch gegeben haben soll – in einer Sonntagvormittagsitzung dieser Fraktion. Von den Fraktionen von SPD, von AfD und auch von der Ausschussgemeinschaft Junge Liste/FDP ist nicht bekannt, ob sie überhaupt Fragen hatten. Mich würde es schon interessieren, was die CSU zu fragen hat – und mehr noch, ich will auch die Antworten hören, die Herr Sterr da gibt. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen hat mir dann die Antworten auf seine Fragen zukommen lassen, nicht aber die CSU. Der Art. 47 GO heißt „Sitzungszwang; Beschlußfähigkeit“ und im Absatz (1) dann: „Der Gemeinderat beschließt in Sitzungen.“ Darunter ist eigentlich zu verstehen, dass er auch in Gemeinderatssitzungen berät – nicht nahezu ausschließlich in Fraktionssitzungen – und dann nur noch beschließt.

Ich denke es wäre sinnvoll, dass wir gemeinsam und ergebnisoffen diese wichtigste Entscheidungsfindung zum Haushalt in diesem Sinne besser strukturieren, Herr Sterr würde direkt profitieren und auch viele von uns bräuchten auch nicht gleich dreimal den gleichen Vortrag, so gut er ist und so gerne wir ihm mit seiner Kompetenz zuhören, von ihm hören!

### 3.7 Beispiel 2: Vorberatung in Ausschüssen

Die Vorberatung in Ausschüssen hat in letzter Zeit nach meiner Wahrnehmung zugenommen und sich zu einem interessanten Instrument entwickelt, weitere Diskussionsbeiträge und Beratungsideen im Plenum dort zu minimieren: Natürlich mit dem Verweis auf die Vorberatungen und dem Vorwurf man hätte sich nicht genügend darüber informiert. Das ist schon problematisch, wenn der vorberatende Ausschuss eine Empfehlung zur Beschlussfassung abgegeben hat, so geschehen bei der Stellplatzsatzung und dann meine Ausführungen hier im Stadtrat mit Verweis darauf marginalisiert werden. So geht das nicht, denn wenn der Stadtrat beschließt sind alle Beratungsbeträge im Plenum Ernst zu nehmen, ganz gleich was vorher diskutiert oder vielleicht gar nicht erst diskutiert worden ist.

Völlig unakzeptabel wird es aber, wenn – so geschehen in der letzten Sitzung – bei der Vorberatung sowohl im Stadtplanungs- – als auch im Wirtschaftsausschuss lediglich der Entwurf der Studie zum Einzelhandels- und Entwicklungskonzept in diesen Ausschüssen bei der Vorberatung zur Kenntnis genommen wurde und noch nicht einmal eine Beschlussempfehlung ausgesprochen wurde. Der Oberbürgermeister hingegen behauptet von seiner erhöhten Stellung aus – unzutreffend – Folgendes<sup>3</sup>: „die Ausschüsse haben das Konzept vorberaten und einstimmig entschieden, dass der Beschlussvorschlag im Stadtrat endgültig beschlossen wird.“

Ich hatte dann ausführlich erläutert und Sachargumente vorgebracht, warum eine Empfehlungsförmige Formulierung der GMA zu einem Warenassortiment noch kein zu beschließendes Konzept ist. Statt einzuräumen, dass man selbst das übersehen hat und es eine Kleinigkeit wäre, das in diesem Sinne zu korrigieren, werde ich mit der steilen These vom OB konfrontiert, dass auf Grund meiner Ausführungen dann 2/3 der Stadträte ihre Arbeit nicht sorgfältig gemacht hätten. Das habe nicht ich behauptet, sondern war der Schluss des OBs auf Grund meiner Sachargumente. Jedenfalls mir gegenüber eine sehr unsachliche Replik und sicher nicht das, was Günter Beckstein mit demokratischer Gegenrede meint.

---

<sup>3</sup>Entwurf der Niederschrift

### **3.8 Weitere unrichtige Behauptungen zur Bürgerbeteiligung**

Weder meine Aussage

„Es schaut so aus, als würde hier endlich einmal das, was wir seit Jahren fordern und von der von der Mehrheit immer abgelehnt wurde, durch die Hintertür auf Grund der kreativen Prozessausgestaltung hereinkommen. Das erfüllt uns mit großer Befriedigung.“

noch die Replik des Oberbürgermeisters, dass das seinerzeit mit dem Verweis auf das IDEK-Projekt Smart Cities und die Bürgerbeteiligung sind abgelehnt wurde, sind in den Entwurf der Niederschrift vom letzten Montag aufgenommen worden. Dennoch ist festzuhalten, dass die Replik von OB Dr. Moser nicht nachvollziehbar ist und schlicht nicht zutrifft. Ich selber habe bei der Beschlussfassung zum IDEK-Projekt, von dem es in Verwaltungsvorlage zum Beschluss in der Sitzung vom 27.07.2020 lediglich so hieß

„Wesentliches Element des Modellprojekts stellt die Partizipation der Bürgerschaft dar.“,

beklagt, dass der von uns damals seit Februar vorliegende Antrag zur Einführung der Beteiligungssoftware CONSUL noch immer nicht auf der Tagesordnung stehe. Als es dann am 17.08.2021 zur Abstimmung darüber kam, gibt es laut Protokoll keinen Wortbeitrag von OB Dr. Moser, auch dem Beitrag von StR Paul Linsmaier ist nichts in dieser Hinsicht zu entnehmen, es werden von ihm ganz andere Gründe angeführt. Lediglich der zustimmende StR Heilmann verweist auf das IDEK-Projekt. Ich finde es problematisch, wenn der sitzungsleitende Oberbürgermeister offensichtlich immer öfter hier nicht zutreffende Aussagen mit seiner Autorität einbringt. Das ist der Sitzungskultur abträglich!

### **3.9 Die Hoffnung stirbt zuletzt**

Durch die aufgezeigten Beispiele ist nachgewiesen, dass die Sitzungskultur auch im Jahre 2021 sich nicht verbessert hat. Die Pandemie trägt dazu ihren Anteil bei. Für die anderen Ursachen hoffe ich weiter, dass es vielleicht doch künftig besser wird.